

Freie Wähler sagen Nein zu einer Gebietsreform

Das Programm der FW zur bevorstehenden Kreistagswahl reicht von Naturschutz bis zum öffentlichen Nahverkehr

KREIS KASSEL. Die Freien Wähler (FW) im Landkreis Kassel verstehen sich als Interessenvertreter der Kommunen zwischen Bad Karlshafen im Norden und Naumburg im Süden sowie Reinhardshagen im Osten und Breuna im Westen. Das auch und vor allem im Kreistag, wie Spitzenkandida-

feld eine Lanze für die kommunale Selbstverwaltung bricht. „Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Wähler“, betont Kauffeld. Die übrigen Parteien im Kreistag sähen dies anders.



Dr. Bärbel Mlasowsky

Die FW unterstütze zwar jede Form der Zusammenarbeit zwischen Kommunen, erteile einem Zusammenschluss und damit einer Gebietsreform auf unterster Ebene eine klare Absage.

DER REINHARDSWALD

Das größte zusammenhängende Waldstück in Hessen liegt den Freien Wählern besonders am Herzen. Von daher

können sie sich mit Plänen, dort Windkraftanlagen oder einen Salzsee anzulegen, überhaupt nicht anfreunden. Der Märchenwald sei unbedingt schützenswert, sagt Gerhard Niemeyer. Zudem biete er Chancen, den Wirtschaftsfaktor Tourismus in Nordhessen weiter voranzubringen. Dafür setze sich seine Fraktion mit aller Kraft ein.



Albert Kauffeld

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Zuverlässig und am Bedarf orientiert, das sind Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen öffentlichen Personennahverkehr, sind die

FW im Landkreis überzeugt. Daran wollen sie weiter arbeiten. Leere Busse und Bahnen sowie unnötige Preissteigerungen schaden dem ÖPNV hingegen nur und vertreiben Kunden, ist Irmgard Croll überzeugt.



Irmgard Croll

STÄRKUNG LÄNDLICHER RAUM

Ein weites Feld beackern die FW mit ihrem Anspruch, den ländlichen Raum zu stärken. Dazu zählt für sie beispielsweise, die Kreiskliniken am Leben zu erhalten. Wichtig ist für Bärbel Mlasowsky hier, dass die Standorte in Hofgeismar und Wolfhagen weiter über die reine Notfallver-

sorgung hinausgehen müssen. Ebenfalls wichtig ist ihr, den Besuch von Kindertagesstätten kostenfrei anzubieten. Dazu müsse jedoch das Land in die Pflicht genommen werden. Die Kosten dürften nicht den Kommunen aufgebürdet werden, sagt Mlasowsky.



Gerhard Niemeyer

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Die Region muss wirtschaftlich weiterentwickelt werden, fordert die FW ebenfalls. Das kann am besten geschehen, so ihre Überzeugung, wenn Kommunen bei der Entwicklung neuer Gewerbestandorte zusammenarbeiten. (kil) Fotos: nh

HNA

**Wahl am
6. März**

tin Dr. Bärbel Mlasowsky sagt. Dort achte ihre Fraktion bei jeder Entscheidung darauf, welche Auswirkungen Beschlüsse auf jede Gemeinde haben.

SELBSTVERWALTUNG

Da versteht es sich nahezu von selbst, wenn Albert Kauf-